

«Altersarmut ist weiblich»

REGION Wer nach einer Mutterschaft nicht oder nur wenig arbeitet, hat im Alter ein Problem. Viele leben mit ihrer Rente in Armut, weil sie nicht rechtzeitig vorgesorgt haben. Andrea Gisler, Anwältin und Feministin, rät Frauen darum von Kleinstpensen ab.

Sie haben sich als Anwältin auf Familienrecht spezialisiert. Das klingt nach Scheidungskriegen.

Andrea Gisler: Tatsächlich kommen viele wegen einer Scheidung zu mir. Aber nicht immer kommt es zum Streit. Es gibt durchaus Fälle, in denen Frau und Mann gemeinsam zu mir kommen und eine faire Regelung für beide finden möchten.

Nicht so harmonisch geht es beim Thema Geld zu und her. Kürzlich berichteten Sie in der «Sonntagszeitung» über eine 52-jährige Klientin, die nach einer Scheidung einer Pension in Armut entgegenblickte.

Als Anwältin habe ich immer wieder Fälle von Frauen, die Anfang oder Mitte 50 sind, lange Jahre für die Familie da und damit nicht erwerbstätig waren. Dann kommt es zur Scheidung. Das sind ganz schwierige Fälle. Die Männer sagen mir dann, die Frauen sollen doch wieder arbeiten gehen. Aber der Arbeitsmarkt ist natürlich ein anderer. Ich möchte nicht in der Situation dieser Frauen sein. Darum rate ich jeder, nie ganz auszusteigen, den Fuss immer irgendwo drin zu behalten. Übrigens: Je besser jemand ausgebildet ist, desto problematischer wird es.

Ach ja?

Bei Akademikerinnen ist das Problem besonders dringlich. Denn die Halbwertszeit von Wissen ist kurz. Einmal kam eine Frau zu mir, die ein Psychologiestudium vor 20 Jahren abgeschlossen, danach aber nie auf dem Beruf gearbeitet hatte. Was soll sie nun nach der Scheidung tun? Als Psychologin findet sie kaum Arbeit, die Firmen stellen Junge direkt nach dem Studium ein. Ins Büro kann sie auch nicht, da wird sie für überqualifiziert gehalten.

Sie sagen ja, die Altersvorsorge sei ein spezifisch weibliches Problem.

Woher wissen Sie das?

Ich war vier Jahre lang Gemeinderätin in Gossau. Da sah ich, wie die Ergänzungsleistungen Jahr für Jahr stiegen. Das tun sie noch immer. Die öffentliche Hand hat also auch ein Interesse an einer Lösung für dieses Problem. Vor allem aber zeigt sich bei genauerem Hinschauen: Unter den Bezüglern sind deutlich mehr Frauen. Altersarmut ist weiblich.

Was ist die Ursache dafür?

Frauen arbeiten nach einer Mutterschaft häufig Teilzeit. Die 2. Säule greift erst ab einem Mindesteinkommen, danach kommt noch der sogenannte Koordinationsabzug. Dieser hat zur Folge, dass erwerbstätige Frauen, die nur in einem kleinen Pensum arbeiten, über die 2. Säule keine oder keine wirklich gute Altersvorsorge haben. Noch ein Grund, warum vor allem Frauen im Alter finanziell schlecht dastehen: die Lohnungleichheit. Diese wirkt sich natürlich später auch bei den Renten aus.

Und warum sorgen die Frauen nicht besser vor oder zahlen in die 3. Säule ein?

Viele Frauen befassen sich nicht mit der Altersvorsorge. Das Thema wird verdrängt, oder es interessiert nicht. Auch unser Sozialversicherungssystem ist nach



«Jede Frau sollte sich eine gewisse ökonomische Unabhängigkeit bewahren»: Andrea Gisler aus Ottikon ist Präsidentin der Frauenzentrale Zürich und verfolgt einen pragmatischen Ansatz: Die Anwältin und GLP-Politikerin appelliert in Sachen Gleichstellung an die Frauen. *Seraina Boner*

wie vor stark geprägt vom Ernährer- und Hausfrauenmodell. Das klingt nach alten Rollenbildern.

Die sind nach wie vor in den Köpfen. Übrigens hat sich auch das Engagement der Frauenzentrale geändert. In den 1950er und den 1960er Jahren setzte sie sich für die Wertschätzung der Hausfrauenrolle ein. Später kam dann das Zusatzverdienstmodell. Für die damalige Zeit mag das der richtige Ansatz gewesen sein. Heute muss es das Ziel sein, dass Hausarbeit, Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit partnerschaftlich aufgeteilt werden. Zwar soll eine Frau Mutter und Hausfrau sein können, wenn sie dies möchte. Sie muss sich aber über die Folgen im Klaren sein. Heute beträgt die Scheidungsquote über 40 Prozent.

Sichert die Ehe Frauen nicht ab?

Nach wie vor meinen viele Frauen, dass sie versorgt sind, wenn sie geheiratet haben. Tatsächlich ist die Situation nicht so dramatisch, falls die Frau einen einigermaßen gut verdienenden Mann hat. Dann ist über ihn die Altersvorsorge sichergestellt. Problematisch wird es aber, falls es zu einer Scheidung kommt. Klar, die Frauen erhalten bei der Scheidung oft einen Unterhaltsbeitrag, der einen Anteil für die Altersvorsorge einschliesst. Da sollte man sich aber nichts vormachen. Dieses Geld landet in der Praxis nicht auf dem Vorsorgekonto, sondern fliesst in den laufenden Haushalt, und dann ist es weg.

Was ist mit Frauen, die im Konkubinat leben?

Falls sie in einem Kleinpensum arbeiten und sich nicht um ihre Vorsorge kümmern, werden sie im Alter ein grosses Problem haben.

Was empfehlen Sie den Frauen?

Egal, welcher Zivilstand und ob mit Kindern oder nicht, eine gewisse ökonomische Unabhängigkeit sollte sich jede Frau bewahren. Über die Frauenzentrale bieten wir unabhängige frauenspezifische Vorsorgeberatungen an.

Sie sagen: Die Frauen müssen sich um ihre Vorsorge küm-

mern. Man könnte das Problem auch anders lösen: Indem Teilzeit arbeitende Frauen und Mütter punkto Vorsorge rechtlich besser gestellt werden. Ist das für Sie keine Option?

Doch, natürlich. Mit der Altersreform 2020, welche in diesem Jahr politisch verhandelt wird, soll genau das passieren. Dafür machen wir und andere Frauenorganisationen uns auch stark. Meine ganz persönliche Meinung ist einfach, dass Frauen davon wegkommen müssen, in Kleinstpensen zu arbeiten. Nicht nur wegen der Altersvorsorge. Auch im Betrieb hat man mit einem Kleinstpensum Schwierigkeiten. Man erhält nicht alle Informationen, es ist schwierig, Teil des Teams zu werden.

Als Präsidentin der Frauenzentrale hätte ich von Ihnen erwartet, dass Sie die Benachteiligungen anprangern, mit welchen Frauen in der Gesellschaft nach wie vor konfrontiert sind. Sie aber vertreten einen sehr pragmatischen Ansatz, appellieren direkt an die Frauen. Würden Sie sich als Feministin bezeichnen?

«Akademikerinnen sind besonders betroffen. Die Halbwertszeit von Wissen ist kurz.»

Andrea Gisler

Ja. Ich habe kein Problem mit diesem Begriff. Ich verstehe nicht, warum in der ganzen Gender-Debatte oft so getan wird, als befänden wir uns auf einem Kriegsschauplatz. Oberstes Credo sollte doch die Wahlfreiheit sein. Dass Frauen wie auch Männer ihr Leben frei gestalten und wählen können, wie viel sie arbeiten möchten. Heute haben wir die Situation, dass nicht mehr alle Frauen Hausfrauen und nicht mehr alle Männer Bauern sein müssen, wenn sie es nicht wollen. Das ist doch eine Chance für alle, da sollte man nicht immer in Gewinnern und Verlierern denken. Aber selbstverständlich gibt es in der Gesellschaft noch immer viele Benachteiligungen für Frauen.

Wovon sprechen Sie konkret?

Vor allem von der Lohnungleichheit. Eigentlich steht sie schon lange in der Verfassung, trotzdem ist die Ungleichheit Realität, und es passiert einfach nichts. Wenn ich von Lohnungleichheit spreche, geht vielen gleich der «Lade abe». Sie sagen, Lohnungleichheit gebe es gar nicht.

Wer sagt das?

Solche Reaktionen erhalte ich etwa nach Referaten in Service-Clubs wie dem Rotary Club oder dem Lions Club oder in einem Zirkel von Unternehmern. Früher sagten die Arbeitgeber und mit ihnen der Verband, es gebe Lohnungleichheit, aber es dürfe keine Regulierungen geben, man sei daran, diesen Missstand zu beheben. Jetzt, wo nichts passiert ist, haben sie einfach die Argumentation geändert. Nun wird plötzlich gesagt, die Lohnungleichheit sei eine statistische Erfindung.

Was halten Sie von Frauenquoten?

Ich gehöre ja einer liberalen Partei an (der GLP – die Red.) und bin kein Fan von Regulierungen, aber wenn einfach nichts passiert, braucht es vielleicht doch gesetzliche Massnahmen. Ich könnte mir zum Beispiel befristete Frauenquoten mit mehrjähriger Vorlaufzeit vorstellen. Das heisst, Firmen wüssten, dass die Quote zum Beispiel in fünf Jahren kommt. Und wenn sie kommt, dann befristet auf wie-

derum fünf Jahre. Meine Hoffnung wäre, dass die Firmen gezielt Frauen suchen und merken, dass das Unternehmen nicht untergeht, wenn auch noch Frauen in der Geschäftsleitung oder im Verwaltungsrat sitzen.

Wo in der Gesellschaft herrscht sonst noch Ungleichheit?

In der Politik. Da ist unser Slogan seit Jahren: «Ein Drittel ist nicht genug.» Damit wollen wir den Anteil an Frauen in Parlamenten und Exekutiven vergrössern.

Wie können Sie das erreichen?

Etwa, indem Frauen strategisch wählen, und zwar überparteilich. Um den Frauenanteil zu erhöhen, sollten Frauen nur Frauen mit Wahlchancen wählen. Es nützt nichts, wenn man, ich sage jetzt mal, eine Kandidatin auf Platz 34 der Piratenpartei wählt. **Sie leben in Ottikon und sass in Gossau im Gemeinderat. Als Anwältin sind Sie in Wetzikon tätig. Wie ist die Situation auf dem Land im Vergleich mit der Stadt?**

Es gibt nicht nur einen «Röstigraben» zwischen der Deutschschweiz und der Romandie, sondern auch zwischen urbanen und ländlichen Gebieten. In der Stadt Zürich ist es beispielsweise viel selbstverständlicher, dass Mütter in höheren Pensen erwerbstätig sind. Wenn hier im Oberland eine Mutter sagt, sie arbeite 80 Prozent, dann erntet sie häufig kritische Blicke.

Interview: Andres Eberhard

ZUR PERSON

Andrea Gisler (49) aus Ottikon bei Gossau ist seit 2001 im Vorstand und seit 2011 Präsidentin der Frauenzentrale. Sie arbeitet zudem als Rechtsanwältin mit eigener Kanzlei in Wetzikon und ist unter anderem auf Familienrecht spezialisiert. Gisler ist auch politisch aktiv: Von 2010 bis 2014 sass Gisler für die Grünliberalen und das Politische Frauenpodium Gossau im Gossauer Gemeinderat. Im Moment belegt sie den ersten Ersatzplatz ihrer Partei für den Kantonsrat. Privat lebt Gisler in einer Partnerschaft ohne eigene Kinder. *eba*

Bundesgericht schützt Quartierplan

MAUR/LAUSANNE Lange hat es gedauert, nun ist es so weit: Die Langacherstrasse in Forch erhält ein Trottoir. Das Bundesgericht hat letzte Beschwerden von Anwohnern gegen den Quartierplan abgewiesen.

Vor mehr als elf Jahren leitete der Gemeinderat von Maur ein Quartierplanverfahren im Gebiet Forch ein, um zur Feinerschliessung ein Trottoir entlang der Langacherstrasse erstellen zu können. Nicht in den Perimeter einbezogen wurde der westliche Teil der Langacherstrasse, der bereits im Rahmen der Arealüberbauung Langacherweg ausgebaut worden war. Im Juni 2009 setzte der Gemeinderat den amtlichen Quartierplan Langacher fest. Dieser sieht im Perimeter den Bau eines Trottoirs von 1,5 bis 2 Meter Breite entlang der Langacherstrasse vor und regelt den hierzu erforderlichen Landerwerb und die Finanzierung.

Plan angepasst

Gegen diesen Quartierplan wurden mehrere Rekurse erhoben und teilweise auch gutgeheissen. Der Gemeinderat Maur nahm deshalb im November 2013 verschiedene Anpassungen des Quartierplans vor. Ziemlich auf den Tag genau vor einem Jahr genehmigte die kantonale Baudirektion den modifizierten Quartierplan. Mehrere Eigentümer von Liegenschaften im Perimeterbereich wehrten sich mit verschiedenen Beschwerden und Eingaben gegen den Quartierplan, blitzten aber beim Zürcher Verwaltungsgericht ab.

Trottoir bietet Schutz

Nun hat auch das Bundesgericht eine Beschwerde der Anwohner abgewiesen, soweit es überhaupt darauf eingetreten ist. In ihrer Beschwerde wiesen die Anwohner in erster Linie auf die geänderten Verhältnisse und Voraussetzungen hin, die durch die Einführung von Tempo 30 – statt wie vorher Tempo 50 – eingetreten sind. Der gesetzlich vorgesehene Fussgängerschutz, so die Anwohner, sei nach Einführung von Tempo 30 auch ohne Trottoir vorhanden, weshalb auf Landenteignungen verzichtet werden könne. Dieses Argument liess das Bundesgericht nicht gelten. Bereits die Zürcher Baudirektion hatte festgehalten, dass die Einführung einer Tempo-30-Zone den gebotenen Fussgängerschutz nicht zu ersetzen vermöge. Die Anwohner müssen die Gerichtskosten von 4000 Franken bezahlen. *tzi*

Polizei sucht Unfallzeugen

DÜBENDORF Die Stadtpolizei Dübendorf sucht Personen, die Angaben zur Auffahrkollision an der Überlandstrasse machen können (Telefon 044 801 69 00). Gleich fünf Fahrzeuge waren am Unfall, der sich am Donnerstag gegen 18.50 Uhr in Fahrtrichtung Zürich ereignete, beteiligt. Dabei wurde niemand verletzt, wie die Polizei informierte.

Einen weiteren Blaulichtentsatz in Dübendorf gab es gestern Freitagmorgen am Bungertweg. Die Feuerwehr rückte wegen einer Rauchentwicklung im Keller eines Wohngebäudes aus. Es handelte sich gemäss Auskunft der Polizei um einen Mottbrand an einem Roller. *dak/mig*